



Darmstadt, 26. September 2010

Pressemitteilung

Rassismus hat europaweit Konjunktur Zum Beginn der Interkulturellen Woche

„Rassismus hat europaweit Konjunktur“ – erklärte Jürgen Micksch, der Vorsitzende des Interkulturellen Rates, zur heute beginnenden Interkulturellen Woche:

- In Deutschland mündet Thilo Sarrazins Pamphlet, das eine ganze Bevölkerungsgruppe mit Verachtung überzieht, in eine Debatte über die Defizite von Migrantinnen und Migranten.
- In der Schweiz führt eine Volkabstimmung zum Verbot des Baus von Minaretten. Der Abstimmung gehen rassistische Kampagnen voraus.
- In Frankreich werden Roma-Lager auf Anweisung der französischen Regierung von der Polizei aufgelöst und Tausende von Roma nach Rumänien und Bulgarien abgeschoben.
- In vielen europäischen Staaten diskutieren die Parlamente über ein Verbot der Gesichtsverhüllung in der Öffentlichkeit.
- Europaweit erzielen rechtspopulistische Parteien mit Islamfeindlichkeit als Mobilisierungsthema beachtliche Wahlerfolge. Der PVV von Geert Wilders gelingt es bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden im Juni 2010 zur drittstärksten politischen Kraft aufzusteigen. In Schweden ziehen die rechtspopulistischen „Schwedendemokraten“ bei den Reichstagswahlen im September erstmals in das Parlament ein.
- Bei den Parlamentswahlen in Ungarn gewinnt die rechtsextreme Jobbik-Bewegung knapp 17 Prozent der Stimmen. Die Bewegung macht „kriminelle Zigeuner“, Juden und ausländisches Kapital für die Krise des Landes verantwortlich und propagiert „Ungarn den Ungarn“.
- In Italien, Griechenland und Malta werden Flüchtlinge ungeachtet ihres Verfolgungsschicksals in Transitstaaten und Herkunftsländer zurückgewiesen, Bootsflüchtlinge in internationalen Gewässern bedrängt, ihre Schiffe zum Kentern gebracht und die Menschen ihrem Schicksal überlassen.

„Veranstaltungen in der Interkulturellen Woche können dazu genutzt werden, die unterschiedlichen Erscheinungsformen und Ursachen von Rassismus in Europa zu erörtern. Die Gesellschaften der europäischen Staaten sind zunehmend geprägt von sozialer Ungleichheit. Die Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen, insbesondere die steigende Kinderarmut, schwerwiegende Bildungs- und Qualifizierungsdefizite und Perspektivlosigkeit sind die aktuellen Herausforderungen“ – so Jürgen Micksch.

Es bedarf deshalb einer Politik, die sozial Schwache stärkt und fördert, die Bildungsgerechtigkeit anstrebt und den Aufbau von Dialogstrukturen zwischen den Kulturen und Religionen fördert und unterstützt. Die rassistische Diskriminierung von ethnischen und religiösen Minderheiten bewirkt das genaue Gegenteil. Sie spaltet die Gesellschaft und verspielt unsere Zukunft. Die Auseinandersetzung mit den Ursachen und die Suche nach Strategien zur Überwindung von Rassismus sind deshalb wichtiger denn je.

Hierfür bietet die Interkulturelle Woche viele Chancen. Sie hat vor 35 Jahren mit dem ersten bundesweiten Ausländersonntag begonnen. Mit vielen zehntausend Veranstaltungen wurde seitdem zum guten Miteinander von Einheimischen und Eingewanderten beigetragen. Kirchen und Zivilgesellschaft haben dabei viel geleistet. Die Politik hat leider lange nicht verstanden, dass die Integrationspolitik in einer von Einwanderung geprägten Gesellschaft zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben gehört. Sie hat Nachholbedarf.